



»Einer trage des anderen Last«

## »Einer trage des anderen Last!«

Ein Bibel-Wort. Und der Titel eines DDR-Films, der in Ost und West preisgekrönt wurde. Es ging in ihm um Werte, wie Solidarität und Gerechtigkeit, in schwierigen politischen Zeiten und unter hoffnungsarmen persönlichen Bedingungen. Tuberkulose grassierte.

Ich nutze das Motto als Angebot und als Provokation. Als Provokation gegenüber jenen, die Gott im Namen führen, ihn per Verfassung adeln wollen und zugleich Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden klein reden.

Als Angebot, um miteinander zu reden. So hatten mich Beamte zum Disput geladen. Wir verstanden uns gut. Als ich ihnen zum Schluss meine Postkarte gab, bekam die Debatte noch mal Feuer. Denn die Beamtinnen knöpften sich nun ihre Beamten vor. Weibliche Aufruhr inmitten der Männer-Welt.



Petra Pau

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und  
Mitglied der Fraktion DIE LINKE.



*Postkartenaktion: »Einer trage des anderen Last«*

AUS DEM LEBEN

## Kauder applaudiert Pau

Die nachdenklichste Rede hielt Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (LINKE), die sich jedweden Angriffs enthielt. Pau erklärte stattdessen, schon vor den NSU-Opfern seien 105 Menschen durch die Hand von Rechtsextremisten umgekommen. »Auch sie mahnen uns.« Da klatschte sogar Unionsfraktionschef Volker Kauder. Die Frau von der Linken verzichtete zugleich darauf, Sicherheitsbeamten Rassismus zu unterstellen, befand jedoch, die einseitigen Ermittlungen hätten »rassistische Züge« gehabt. Schließlich geißelte sie das



jüngste Vorgehen der Polizei gegen demonstrierende Asylbewerber am Brandenburger Tor, für das sie sich schäme.

Pau wurde gehört. Sie erntete Stille und Applaus.

*Aus »Frankfurter Rundschau«, 9.11.2012, nach einer Plenardebatte im Bundestag über die jahrelange Mordserie eines Nazi-Trios.*

## **Amtlich aufgedeckt**

»Petra Pau wurde am 6. April 2006 zur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages gewählt.«

*Eintrag des Bundesamtes für Verfassungsschutz in die Akte »Petra Pau«*

## **Gerichtsfest notiert**

Im 21. Februar 2013 wurde vor dem Verwaltungsgericht Köln meine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen meiner Überwachung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) verhandelt. Dabei wurde vom BfV offiziell zu Protokoll gegeben – ich übersetze es in einfaches Deutsch:

*Erstens:* Petra Pau ist als Person eine Gute.

*Zweitens:* Petra Pau wird nicht mehr überwacht.

*Drittens:* Dabei bleibt es, sofern sie eine Gute bleibt.

Was auf schlecht Deutsch heißt, so lange ich in der Partei DIE LINKE keine herausragende Funktion anstrebe. Man kann es auch als Drohung verstehen.

*Petra Pau auf einem Podium der Fraktion DIE LINKE zur Auflösung der Ämter für Verfassungsschutz als Geheimdienst, Berlin, 13. März 2013.*

## Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau

In der Bundestagswahl 2002 hatte die PDS den Einzug in den Bundestag verpasst. Einzig Petra Pau und eine andere Berlinerin, Gesine Löttsch, waren als Direktkandidatinnen gewählt. Sie nahmen Platz im Plenarsaal: Ganz hinten links. Was dann folgte wird nachfolgenden Parlamentariern hoffentlich noch lange peinlich sein. Pau und Löttsch wurden wie Stiefkinder behandelt. Nicht nur, dass sie weder Fraktions- noch Gruppenrechte bekamen. Sie durften keine Anträge stellen, keine Aktuellen Stunden beantragen, nicht mal am Tag der offenen Tür des Bundestages durften sie offiziell teilnehmen. Nein, sie saßen hinten auf



zusätzlich hingestellten Stühlen ohne Tisch und Telefon. Wochenlang beschäftigte dies die Medien bis hin zu den Satiremagazinen. Bis schließlich der Bundestag ein Einsehen hatte und sich die Sache beruhigte – kurz bevor Petra Pau endgültig zur bekanntesten Politikerin Deutschlands geworden wäre.

*Aus: Brigitte Fehrle in »Der Bundestagspräsident«, Olzog Verlag, 2007*

## Gottlose Typen

Der 19. Dezember 2003 war ein Freitag, ein schwarzer. Es war der letzte Sitzungstag vor der Weihnachtspause. In der Nacht zuvor hatte der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag gefeilscht. Heraus kamen etliche Hundert Seiten Gesetzeswerk. Wir Abgeordnete bekamen sie in den Morgenstunden. Niemand konnte sie gelesen haben, geschweige denn verstehen. Gesine Löttsch und ich beantragten, die Abstimmung zu verschieben. »Ihr gottlosen Typen«, schallte uns entgegen. Wenig später stimmten alle zu: CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne. Wir zwei lehnten das Gesetz ab, das im Volksmund »Hartz IV« heißt und seither Millionen betrifft.

Der Zwischenrufer war übrigens Peter Ramsauer (CSU). Später hielt er seine segnende Hand als Bundesverkehrsminister über Milliarden-Gräber, wie »Stuttgart 21« und das Berlin-Brandenburger Flughafen-Desaster.

*Pau-Platz im Plenum 2002 bis 2005*

## Zitate von Petra Pau

Als Innenpolitikerin der LINKEN sind meine Pro-Themen Bürgerrechte und Demokratie und meine Kontra-Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

*Begrüßung einer USA-Parlamentarier-Delegation, April 2013, Berlin*

Bundeskanzlerin Angela Merkel wirbt für eine marktgerechte Demokratie. Das bedeutet die Unterordnung der Politik unter die Gesetze des Marktes, die bekanntlich sozial und ökologisch blind sind. So wird die Würde des Menschen verkauft.

*Neujahrsempfang der LINKEN, Januar 2013, Magdeburg, Sachsen-Anhalt*





Wer »Hartz IV« beantragt, muss 150 und mehr ganz persönliche Daten über sich und sein Umfeld preisgeben. Die Betroffenen verlieren so nicht nur ihre Würde, sondern obendrein verbriefte Bürgerrechte.

*»Bedingungsloses Grundeinkommen«, Forum, Juni 2012, Berlin*

»Marx ist tot, Jesus lebt«, hieß es nach dem Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus«. Ich bestreite beides. Auch, dass Jesus diesen real entfesselten Kapitalismus wollte.

*32. Evangelischer Kirchentag, Juni 2011, Dresden, Sachsen*

Ostdeutsche sind pflegeleichter, auch im Jahr 20 der deutschen Einheit. Das kann man an den gesetzlichen Mindestlöhnen für Pflegeberufe ablesen. Für Westdeutsche betragen sie 8,50 Euro je Stunde, für Ostdeutsche nur 7,50 Euro.

*Podium der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Oktober 2010, Jerusalem, Israel*

Anfangs war der Aufbau-Ost in der Bundesregierung Chefsache, später wurde er aufs Abstellgleis ins Verkehrsministerium abgeschoben, inzwischen ist er im Innenministerium gelandet, quasi bei der allgemeinen Gefahrenabwehr.

*Landesparteitag der LINKEN, Dezember 2009, Berlin*

Der Holocaust war Made in NS-Germany. Dieses historisch einmalige Verbrechen begründet daher eine besondere Verantwortung Deutschlands, allemal gegenüber Jüdinnen und Juden.

*Internationale Antisemitismuskonferenz, Februar 2009, London*

Gegen Demokratieeverdross hilft nur mehr Demokratie, mehr direkte Demokratie, also auch Volksabstimmungen auf Bundesebene. In Fragen direkter Demokratie aber ist Deutschland noch immer ein EU-Entwicklungsland.

*Plenardebatte, Bundestag, April 2009, Berlin*

Noch nie gab es eine Gesellschaft, in der soziale Rechte, Freiheits- und Bürgerrechte gleichermaßen und für alle galten. Und wenn sie mich nun fragen, wie ich meine alternative Utopie nennen würde, dann kurz und bündig: Demokratischer Sozialismus.

*Tag der Menschenrechte, Dezember 2008, Rastatt, Baden-Württemberg*

Die deutsche Linke hatte über Jahrzehnte hinweg drei Makel. Entweder sie war nicht links. Oder sie stand neben dem Leben. Oder sie teilte sich in lauter kleine Sekten, die sich eifrig bekämpften.

*»Ein Jahr DIE LINKE«, Juli 2008, Donau-Ries, Bayern*

Aktuell wird über Tapferkeitsmedaillen für Soldaten diskutiert, die im militärischen Auslandseinsatz umkommen. Ich finde: Tapfer sind nicht jene, die Kriege führen. Orden gebühren jenen, die Kriege verhindern und so Frieden schaffen.

*»Ostermarsch«, März 2008, Haldensleben, Sachsen-Anhalt*

»Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört«. Wer kennt dieses Zitat nicht? Aber das hatte Willy Brandt so nicht gesagt. Er mahnte vielmehr: Nur »mit Takt und Respekt vor dem Selbstwertgefühl der bisher von uns



getrennten Landsleute wird es möglich sein, dass ohne entstellende Narben zusammen wächst, was zusammengehört.« Offenbar kannte er seine Pappenheimer.

*»Super illu«, 20 Jahre deutsche Einheit, September 2010, Berlin*

Warum wird eine deutsche Kuh von der Weltwirtschaft zehn Mal mehr subventioniert als ein afrikanisches Kind? Und warum trifft ein Hurrikan in New Orleans die Armen stärker als die Wohlhabenden?

*Festrede »Touro-Colleg«, Juli 2007, Berlin*

## Die Demokratie krankt

*Du sagtest, die Demokratie müsse im 21. Jahrhundert völlig neu fundiert werden. Wo liegen die Probleme?*

»Demokratie« bedeutet Volksherrschaft. Frage mal Bürgerinnen und Bürger, ob sie sich als Herrscher oder als Beherrschte fühlen. Eine Mehrheit ist gegen »Hartz IV« und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Trotzdem wird anders entschieden.

*Das war schon öfter so. Was ist neu am 21. Jahrhundert?*

Immer mehr Entscheidungen werden auf Ebenen verlagert, die für das Gros der Bürgerinnen und Bürger völlig undurchschaubar sind, zum Beispiel in Gremien der Europäischen Union.

*Ist das ein Votum gegen die EU?*

Nein, ein Plädoyer für eine Europäische Union, deren oberste Ziele mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden weltweit sind. Davon sind wir noch weit entfernt. Hinzu kommt eine noch viel dramatischere Entwicklung...

*... welche?*

Die Politik hat vor dem Kapital kapituliert. Banken und Börsen bestimmen. Das ist der Kern der so genannten Euro-Krise. Und die Tatsache, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher werden.

*CDU-Politiker werben für eine marktgerechte Demokratie?*



Der viel gelobte Markt ist sozial und ökologisch blind.  
Wir brauchen eine demokratiegerechte Marktwirtschaft.

*Also der alte linke Ruf nach Verstaatlichung?*

Nein, nach Vergesellschaftung sowie Selbst- und Mitbestimmung.

*Du giltst als Mahnerin für mehr Datenschutz?*

Das ist ein Demokratie-Thema, allemal im Internetzeitalter. Die Möglichkeiten, gläserne und beherrschbare Bürger zu schaffen, waren nie größer, als heute.

*Das Internet ist schuld?*

Mitnichten, es birgt sogar Riesenchancen für mehr Demokratie. Vorausgesetzt, es ist für alle gleichberechtigt zugänglich.

*Gespräch: Rainer Brandt*

## Deutsche Zustände

Seit 1990 fragt DIE LINKE, vormals PDS, die Bundesregierung, wie viele rechtsextreme Straf- und Gewalttaten sie registriert habe. Die Antworten besagen seit Jahren: Im statistischen Schnitt werden bundesweit stündlich zweieinhalb rechtsextreme Straf- und täglich zweieinhalb Gewalttaten registriert. Das sind die offiziellen Zahlen, sie stapeln tief.

Zum Befund gehört auch: Bevor das Nazi-Mord-Trio »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) im Jahr 2000 in Nürnberg ihr erstes Opfer regelrecht hingerichtet hatte, waren im vereinten Deutschland – in Ost und West – bereits 105 Menschen aus rechtsextremen und rassistischen Gründen umgebracht worden: erschlagen, erschossen, erstochen, verbrannt.

»Deutsche Zustände« heißt eine wissenschaftliche Langzeitstudie (2001 bis 2011) von Professor Heitmeyer & Team. Sie kommt zu dem alarmierenden Schluss: Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt zu – gegen Migrantinnen und Migranten, Erwerbs- und Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, Schwule und Lesben. Und die allgemeine Akzeptanz von Gewalt steigt. Damit ist nicht der extrem rechte Rand gemeint, sondern die Mitte der Gesellschaft. Das sprengt den Zusammenhalt, ist asozial und inhuman, wider das Grundgesetz ohnehin: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, aller.

Die Wissenschaftler haben auch Ursachen dafür ausgelotet. In Kurzfassung: Das Soziale wird ökonomisiert und die Demokratie wird entleert. Das ist eine General-



*Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust, Jerusalem*

kritik an einer langjährigen Politik, die man neoliberal nennt, bei der Ellenbogen mehr zählen als Herzen, und Konten mehr als Kinder.

Ein anderes Wissenschaftler-Team bestätigte: Die Mitte ist im Umbruch, instabil und schwindend. Genau das gibt Nazis eine Chance, warnen sie. Ihre Empfehlung heißt: »Mehr Politik wagen!« Dazu gehören ein auskömmlicher gesetzlicher Mindestlohn ebenso wie die Umverteilung von Wohlstand und eine Neubewertung von Arbeit. Sie regen Neues an, so auch ein bedingungsloses Grundeinkommen.

## Drei Aufgaben als Vizepräsidentin

Ich habe nicht gezählt, wie viele Bürgerinnen und Bürger mich jährlich im Bundestag besuchen. Der Andrang ist groß und überhaupt ist der »Reichstag« das weltweit am meisten besuchte Parlament.

Zu den häufig gestellten Fragen an mich gehört: Was obliegt eigentlich einer Vize-Präsidentin des Bundestags? Grob umrissen sind es drei Aufgaben.

Erstens: Der Bundestag ist ein Großbetrieb, mit mehreren Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit





etlichen Gebäuden und zahlreichen Diensten, vom eigenen Fernsehkanal, über die Bibliothek, bis zum Wissenschaftlichen Dienst. Alle grundsätzlichen Entscheidungen obliegen dem Präsidium. Wir sind also so etwas wie ein Aufsichtsrat.

Zweitens: Mit Beginn jeder Legislatur gibt sich der Bundestag eine Geschäftsordnung. Man kennt das vom Fußball. Auch dort gibt es Regeln, an die sich alle halten müssen, aber es nicht immer tun. Wenn der Präsident oder wir Vizepräsidenten eine Plenardebatte leiten, dann agieren wir als Schiedsrichter. Wer foult, wird abgemahnt. Aber unserem Geschick obliegt es vor allem, Fouls zu verhindern.

Drittens: Schließlich empfangen wir namens der Bundesrepublik Deutschland Delegationen anderer Länder oder wir sind als parlamentarische Repräsentanten in anderen Staaten unterwegs. In beiden Varianten bin ich de facto im diplomatischen Dienst.

Gewählt werden die Präsidenten bzw. Vizepräsidenten übrigens mit Mehrheit vom gesamten Bundestag, also nicht nur von der sie vorschlagenden Fraktion. Folglich haben wir immer auch überfraktionell zu agieren. Das ist spannend und schult, denn natürlich bleibe ich politisch eine Linke.

*Einmal im Jahr öffnet der Bundestag drei Tage lang seine Pforten für die  
»Jugend im Parlament«*

## Mein Wahlkreis

Frau Pau, beschreiben sie bitte in drei Sätzen ihren Wahlkreis. Journalisten mögen es häufig kurz und so fast unmöglich. Ich sage dann jeweils: Marzahn-Hellersdorf hat den zweithöchsten Berg Berlins, die schönsten Gärten der Welt und so viele und verschiedene Einwohnerinnen und Einwohner wie Kiel oder Magdeburg. Die meisten Journalisten sind dann baff. Marzahn wurde 1979 neu begründet, Hellersdorf folgte 1986, beide im Zuge des Wohnungsbauprogramms der DDR. 2001 wurden beide Bezirke, diesseits und jenseits des Flüsschens Wuhle, zusammengelegt. Komme ich abends nach Hause, queren zuweilen Rehe meinen Weg. Das alles passt nicht in das Klischee von





der »Ost-Platte«, mit der mein Heimatbezirk zuweilen abgeschrieben wird.

Zum Wahlkreis gehören sechs Dörfer: Biesdorf, Hellersdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Marzahn und Friedrichsfelde-Ost. Deren Geschichte reicht bis ins 13. Jahrhundert zurück. Damals siedelten germanische und slawische Stämme hier an. Heute kommen Bürgerinnen und Bürger aus der Ex-Sowjetunion, aus Vietnam, aus der Türkei und aus ca. 30 weiteren Nationen hinzu. Wer sich von Nordwesten her dem Bezirk nähert, sieht vor allem die großen, modernisierten Plattenbauten. Wer aus Richtung Südosten kommt, durchquert das größte zusammenhängende Siedlungsgebiet Europas mit Ein- und Zweifamilienhäusern. Kurzum: Man kann Marzahn-Hellersdorf nicht in Eine-Minute-30 beschreiben, man muss es erleben.

## Im Bundestag agiere ich als Mitglied...

- im Innenausschuss
- stellvertretend im Rechtsausschuss
- im 2. Untersuchungsausschuss des 17. Deutschen Bundestages (NSU-Untersuchungsausschuss)
- des Kuratoriums gemäß § 5 des Gesetzes zur Errichtung einer »Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas«
- stellvertretend im Gemeinsamen Ausschuss gemäß Artikel 53a des Grundgesetzes
- stellvertretend im Kuratorium der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«
- im Ältestenrat und Vorsitzende seiner IUK- Kommission
- in der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe
- in der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe
- in der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe
- in der Deutsch-Türkischen Parlamentariergruppe
- in der Parlamentariergruppe USA

## Außerparlamentarisch bin ich Mitglied ...

- im Kuratorium der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas
- im Heimatverein Mahlsdorf/Kaulsdorf/Hellersdorf
- in der überparteilichen Fraueninitiative Berlin
- der RIAS-Big-Band, fördernd
- der Gemeinschaft der Förderer des Tierparks Berlin-Friedrichsfelde e. V.
- der Rosa-Luxemburg-Stiftung
- des Kompetenzzentrums Großsiedlungen e. V.
- der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses
- der »Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e. V.«
- des kommunalpolitischen forums e. V. (berlin)
- der Alternativen Bibliothek »Peter Weiss« Hellersdorf
- der BERLINER TAFEL e. V.
- bei »Mehr Demokratie e. V.«
- im Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e. V.
- im Präsidium der Stiftung »Neue Verantwortung« e. V.
- im Kuratorium der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e. V.
- im Kuratorium der Heinz-Galinski-Stiftung
- und stellv. Vorsitzende des Vereins Freunde der GÄRTEN DER WELT e. V.
- der Gewerkschaft der Polizei (GdP), fördernd

Wenn Sie mich erreichen wollen,  
dann am besten über eine der folgenden Adressen:

**Wahlkreis-Büro:**

Henny-Porten-Straße 10

12627 Berlin

Telefon: 030/99289380

Fax: 030/99289381

E-Mail: [petra.pau@wk.bundestag.de](mailto:petra.pau@wk.bundestag.de)

**Bundestags-Büro:**

Dorotheenstraße 100, Zimmer 4.109

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030/22771098

Fax: 030/22770095

E-Mail: [petra.pau@bundestag.de](mailto:petra.pau@bundestag.de)

Im Internet finden Sie mich unter diesen Adressen:

[www.petrapau.de](http://www.petrapau.de)

[www.petrapau.eu](http://www.petrapau.eu)

[www.linksfraktion.de/mdb\\_pau.php](http://www.linksfraktion.de/mdb_pau.php)





*2005 schickte mich ein TV-Sender zwei Tage zum Praktikum in den Berliner Zoo. Ich fütterte Affen und Ziegen, wusch Elefanten, mistete Ställe aus und musste zupacken, als eine Schlange verarztet wurde. Und noch ein Tipp: »Kunsterspring« ist ein schöner Waldtierpark in der Nähe von Neuruppin. Dort lebt unter anderen meine Patensau »Gerda«, ein ungarisches Wollschwein mit roten Haaren und vielen Ferkeln. Ein Besuch lohnt sich.*

### Impressum

Redaktion | Petra Pau (V.i.S.d.P.)

Grafik | Thomas Herbell

Fotos | DiG, Axel Hildebrandt, Elke Brosow, Burkhard Lange,  
Uwe Steinert, Heidi Wagner

Druck | MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Auflage | 10.000

Redaktionsschluss | 10. Mai 2013



Für Rosa Luxemburg endet Gleichheit ohne Freiheit  
in Unterdrückung, und Freiheit ohne Gleichheit führt  
zu Ausbeutung.

Aus: Programmatik der Partei DIE LINKE

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G